

Katholische Akademiearbeit und Rechtsextremismus

Kompetenzen gegen Rechtsextremismus –
Katholisch-soziale Bildung in Deutschland



Bildung zählt zu den wichtigsten Schlüsseln im gesellschaftlichen Kampf gegen den Rechtsextremismus, besonders in Deutschland. Hierzulande beteiligen sich daran zahlreiche Akteure, zu denen traditionell auch die katholischen Akademien und Bildungseinrichtungen gehören. Die katholisch-soziale, außerschulisch organisierte Bildung in Deutschland leistet seit Jahrzehnten bis heute ihren ganz spezifischen Beitrag für den Erhalt einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die sich aus christlicher Sicht als ein bewährter Ort für die Entfaltung von Gemeinwohl und individuellem Leben begreifen lässt. Die Vermittlung von Kompetenzen für die Begegnung mit zutiefst menschenfeindlichen extremistischen Gesinnungen ist eine Daueraufgabe der Bildung, auch abseits des aktuellen politischen Tagesgeschehens.

Politische Bildung in Deutschland

Wenn es um Bildung als Interventionsfaktor in der Auseinandersetzung mit einem mancherorts bereits alltagskulturell situierten Rechtsextremismus geht, ist es in erster Linie die „politische“ Bildung, die hier ihren besonderen Zuständigkeitsbereich findet. In Deutschland erscheint diese in der Doppelstruktur von schulischer und außerschulischer Bildung als ein gut organisiertes Feld der didaktisch angeleiteten Erziehung insbesondere von jungen Menschen zu einem Mehr an Mündigkeit, Urteilsschärfung und Partizipation in politisch-demokratischen Angelegenheiten. Verglichen mit anderen europäischen Ländern hat die politische Bildung in ihrer außerschulischen Gestalt in Deutschland gar eine herausragende Stellung: „Die deutsche staatliche Förderung von Fachorganisationen, die politische Jugendbildung außerhalb der Schule in eigener Verantwortung durchführen, ist einzigartig.“ Und der Grund hierfür liegt nahe: Die-

se Besonderheit geht in erster Linie auf die durch den Faschismus verführte Jugend und die nach dem Zweiten Weltkrieg forcierte Politik der Reeducation zurück.“¹

Bis heute ist es elementares staatliches Anliegen, die demokratische Er rungenschaft gegen Anfeindungen im Inneren insbesondere aus dem rechts-extremen Spektrum der Gesinnungen und Aktionen in der Gesellschaft zu schützen. Die in der Nachkriegszeit eingerichtete und beständig geförder te Einrichtung der dem Bundesministeri um des Innern unterstellten Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zeigt, dass es der Staat bis heute ernst meint. Bereits in der Stabilisierungsphase der bundesrepublikanischen

Geschichte wurde mit ihr eine Organisation geschaffen, die sich bis heute zentral der Stärkung von Demokratiebewusstsein und -handeln der Bürgerinnen und Bürger widmet.² Speziell auf dem Gebiet der politischen Jugendbildung ist es in Deutschland zudem der Kinder- und Jugendplan des Bundes, der einen entscheidenden Faktor zur Förderung junger Menschen hinsichtlich ihrer „Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung“ darstellt.³ Von den staatlich geschaffenen Voraussetzungen für Bildung und Erziehung als Widerstand gegen den Rechtsextremismus profitiert schließlich auch die katholisch-soziale Bildung.

¹ Achim Schröder: Politische Jugendbildung, in: Benno Hafenegger (Hrsg.): Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure. Schwalbach/Ts. 2011, S. 173–186, hier: 173.

² Zu nennen sind hier auch die Landeszentralen für politische Bildung.

³ <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/richtlinien-kjp-stand-april-2012.property=pdf.bereich=bmfsfj,sprache=de,rwh=true.pdf>, Seite 145.

Katholisch-sozial orientierte politische Bildung

Dass die katholische Bildung in Deutschland als eine durchaus gewichtige Playerin formiert ist, die auf dem Weg der außerschulischen politischen Bildung das Anliegen verfolgt, Bürgerinnen und Bürger die Aneignung vielfältiger Kompetenzen im Dienste der Demokratisierung zu ermöglichen, ist eine nicht selten verkannte Tatsache. In der praktischen, öffentlich geförderten Bildungsarbeit hat sie die Möglichkeit, unter Wahrung ihres ganz eigenen Profils an der Prävention gegenüber der Entfaltung antidemokratischer Tendenzen, wie sie im Extremismus von rechts repräsentiert sind, bildend mitzuwirken. Die 1952 gegründete Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), einer der großen Träger in der Landschaft außerschulischer politischer Bildung in Deutschland, verdankt ihr Bestehen dabei – wie auch die bpb – nicht von ungefähr eben dem Ansinnen der Festigung der Demokratie als Antwort auf die Katastrophe der NS-Diktatur des 20. Jahrhunderts. Dem Leitbild folgend, das weitgehend auf den Kernprinzipien der Christlichen Sozialethik beruht, bieten die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen rund 60 katholischen Akademien, Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände ein Veranstaltungsangebot im Seminar- und Fortbildungsbereich, das sich gezielt der demokratischen Grundbildung von Menschen aller Generationen widmet.

Dem didaktischen Anspruch nach verfolgt die katholisch-sozial orientierte politische Bildung das, was gemeinhin als „Dreischritt“ der politischen Bildung grundgelegt ist. Die Bildnerinnen und Bildner zielen in der Bildungspraxis auf die Vermittlung von Wissen (Sachkompetenz), auf eine Schärfung von Urteilsfähigkeit (Urteilskompetenz) sowie auf die praktische Partizipation in Form demokratieorientierten Handelns bzw. Verantwortungs-

übernahme (Handlungskompetenz). Die AKSB-Mitgliedseinrichtungen haben sich in ihren didaktischen Leitorientierungen zudem auf die Prinzipien des sogenannten „Beutelsbacher Konsenses“ aus dem Jahre 1976 verpflichtet, der für die Bildnerinnen und Bildner im Gegenüber zu den Bildungszielgruppen ein Indoktrinationsverbot ausspricht und zugleich die Realisierung der Prinzipien der Kontroversität sowie der Teilnehmerorientierung einfordert. Dieses besondere didaktische Erbe lässt sich nicht ohne den Hintergrund der besonderen deutschen Erfahrungen mit den Exzessen rechtsextremistischer Gewaltherrschaft verstehen.

Überdies macht es eine personen- und lebensweltbezogene Didaktik dem Verständnis der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung zufolge möglich, das Anliegen einer nachhal-

„Kompetent gegen Rechts“ – ein Good-practice-Beispiel

Die katholisch-sozial orientierte politische Bildung in Deutschland weist in ihrer konventionellen Seminararbeit, die den Rechtsextremismus zum thematischen Gegenstand hat, eine Vielfalt von Methoden und Formaten auf. Die von den katholischen Akademien und Einrichtungen organisierte Bildungspraxis etwa der *historisch*-politischen Bildung will in ihrer Adressatenorientierung ein Erfahrungslernen ermöglichen, das im persönlichen Erleben an Lernorten durch den Besuch historischer Stätten oder auch durch das Gespräch mit Zeugen aus der nationalsozialistischen Zeit verwirklicht wird.

Neben der historisch-politischen Bildung werden aber auch unkonventionell gänzlich *neuartige* Herausforderungen und Entwicklungen verhandelt, die sich als genuines Produkt der Gegenwartsgesellschaft erachten lassen und zugleich Chancen wie auch eine Reihe von Gefahren mit sich bringen. Zu diesen Herausforderungen ge-

tigen Werteerziehung zu verfolgen. In dieser Weise ist für diese die Orientierung an Werten der Freiheit, der Verantwortung sowie der Partizipation die leitende Grundintention. Und zentral gerade in der Auseinandersetzung mit den extremistisch verengten Weltbildern und der ihnen zutiefst innewohnenden Eindimensionalität befürwortet katholisch-sozial orientierte Bildung die Wertschätzung von Pluralität und Diversität. Die Stärkung des individuellen Erkennungs- und Urteilsvermögens sowie des zivilcouragierten Eintretens gegenüber jener „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (W. Heitmeyer), die das gesellschaftliche Wohl und die Würde des einzelnen Menschen gleichermaßen konterkariert, findet gerade in einer menschenrechtlich orientierten und hierbei insbesondere pluralitäts- und diversitätsaffinen Bildungskonzeption ihren basalen Ausgangspunkt.

hört heute zentral das Web 2.0, welches den Bildungsakteurinnen und -akteuren das Hervorbringen gänzlich neuer methodischer Ansätze für die Kompetenzschulung im Umgang mit Medien abverlangt. Und mehr noch: Web 2.0 begegnet heute nicht allein als bloßes Medium. Es gleicht vielmehr einem Kulturraum mit hoher sozialisationsprägender Kraft, insbesondere für die Menschen der jungen Generation, die als „digital natives“ täglich in virtuellen Räumen navigieren und soziale Netze sowohl pflegen als auch neu erschließen. Dabei erweist es sich als nicht unwahrscheinlich, an unterschiedlichen Knotenpunkten des sozialen Netzwerkens auch mit solchen Akteurinnen und Akteuren in Berührung zu kommen, die das extremistische Gesinnungsspektrum der Gesellschaft repräsentieren und in einer gerade für junge Menschen oft nicht leicht erkennbaren Weise diese mit demokratiefeindlichem Gedankengut konfron-



tieren. Studien von Jugendschutz.net oder no-nazi.net belegen den verstärkten Einsatz der digitalen Medien seitens rechtsextremer Gruppierungen zu strategischen Zwecken.

Die innerhalb dieses medialen Kontextes damit angewachsenen Gefährdungen durch Verbreitung antidemokratischer Gesinnungen haben im vergangenen Jahr katholische Bildungseinrichtungen zum Anlass genommen, um neben der konventionellen Seminararbeit zum Thema Rechtsextremismus ein Projekt mit bundesweiten Beteiligungsstrukturen zu realisieren.⁴ Unter dem Titel „Jugend im Web 2.0: Kompetent gegen Rechts“ wurden mit der Zielgruppe der Jugendlichen in Schülervertretungen und Jugendverbänden Web-2.0-basierte und gegen Rechtsextremismus gerichtete Strategien sondiert und praktisch operationalisiert. Die Realisierung erfolgte wiederum durch gezielt konzipierte Bildungsseminare, in denen die Vermittlung von Medienkompetenz im Hinblick auf das Social Web bei gleichzeitiger Förderung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sowie des Engagements gegen diesen ermöglicht wurde.⁵

Wie das Projekt gezeigt hat, ist das Web 2.0 als virtueller, in das reale Leben hinein aber durchlässiger Raum zu verstehen, der große Relevanz im Alltagsleben insbesondere junger Menschen hat und in dem sich ein intensives Ringen um soziale Anerkennung ereignet. Web 2.0 ist für viele Jugendliche also unverzichtbar. Wie sich zeigt, fällt es ihnen, wenn sie Stellung gegenüber denen innerhalb dieses Raumes begegnenden rechtsextremistischen Denkmustern beziehen sollen, allerdings nicht leicht, zwingende Argumente zu entwickeln und zu artikulieren. Eine intensive Auseinandersetzung mit den Grundsätzen der Demokratie bleibt damit ein dringendes Desiderat der Bildung, die sich aber nicht nur an Schülerinnen und Schüler zu richten hat. Eine stärkere Sensibilisierung insbesondere bei der Lehrer- und Eltern-

schaft scheint ebenso dringlich, da sie kontaktnahe Bezugspersonen sind, sich in vielen Fällen allerdings als zu wenig „webaffin“ erweisen und als ernstzunehmende Ratgeber aus Sicht der Jugendlichen ausscheiden. Ein grund-

Perspektiven katholischer Bildung

Der thematische Zusammenhang von Web 2.0 und Rechtsextremismus in den Angeboten der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung für Schülervertretungen in SV-Formaten hat vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion nach Bekanntwerden des Bestehens rechtsterroristischer Zellen an zusätzlicher Relevanz gewonnen. Gleichwohl versteht die katholisch-sozial orientierte politische Bildung ihren Einsatz gegen antidemokratische Gesinnungen, eingedenk historischer Erfahrungen, als eine Kern- und Daueraufgabe. Die Seminarpraxis wie auch Projektdurchführungen in der dargestellten Weise zeigen, dass katholische Akademien und Einrichtungen der politischen Bildung in Deutschland auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit einem zurzeit verstärkt öffentlich wahrgenommenen Rechtsextremismus in unterschiedlicher Weise tätig sind, den Fokus des Engagements aber stets schärfen müssen. Es ist zunächst sinnvoller Weise die politische Jugendbildung, die hier die vielversprechendsten Ansatzpunkte für die Arbeit der politischen Bildnerinnen und Bildner liefert. Schülervertretungen etwa, die sich durchaus als „Schulen der Demokratie“ verstehen lassen, können als eine wichtige Zielgruppe der Bildungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus ausgemacht werden. Gleiches gilt aber ebenso für sozial benachteiligte Jugendliche, die in besonderer Weise auf die

sätzliche Problem, so ein weiteres Projektergebnis, liegt nach wie vor darin, dass „Probleme mit Rechts“ an deutschen Schulen nicht selten unerkannt und in den Schulen selbst zuweilen sogar bagatellisiert werden.

Vermittlung von Kompetenzen angewiesen sind, um den Lockrufen vonseiten rechtsextremistischer Gruppierungen kompetent begegnen zu können. Letztlich bleibt aber auch die katholische Erwachsenenbildung nach wie vor ein wichtiges Feld für die intensive Beschäftigung mit den Ideologien und organisierten Kräften antidemokratischer, menschenfeindlicher Ausrichtung. Angesichts steigender wirtschaftliche Sachzwänge wird es Aufgabe der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung sein, ihre Kräfte in ihrem Engagement auf dem Themenfeld noch stärker zu bündeln als zuvor und weiterhin in den Dienst des Schutzes einer Gesellschaftsordnung zu stellen, in der unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Lage jedem Menschen reelle Chancen für ein gelingendes Leben eröffnet werden. Das ist ein unaufgebar christlicher Auftrag, von dem die gesamte Gesellschaft profitiert.

Autor: Dr. Boris Krause, Referent für politische Bildung bei der AKSB. Näheres unter www.aksb.de

⁴Ludwig-Windhorst-Haus (Lingen), Akademie Klausenhof (Hamminckeln), Bonifatiushaus (Fulda), Franziskanisches Bildungswerk e. V. (Großkrotzenburg), Heinrich-Pesch-Haus (Ludwigshafen), Caritas-Pirckheimer-Haus (Nürnberg), Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ gGmbH (Waldmünchen) und Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (Ostritz).

⁵Weitere Informationen auf der Webseite des Projektes wir-bewegen-schule.de